



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 24. Ratssitzung vom 23. November 2022

995. 2022/269

Postulat von Dr. David Garcia Nuñez (AL), Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 22.06.2022:

Errichtung eines LGBTIQ*-spezifischen Wohnangebots für schutzbedürftige Jugendliche in den Räumlichkeiten des ehemaligen Alterszentrums Doldertal

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 267/2022): In diesem Rat wird oft gesagt, nichtbinäre Personen machten 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Diese Zahl stammt aus einer Schweizer Studie, wird aber oft falsch verstanden oder verwendet. 0,4 Prozent der Bevölkerung verwenden das Label «nichtbinär». Das heisst nicht, dass es nicht noch mehr nichtbinäre Personen gibt, die bloss das Label nicht verwenden. Fragt man die Bevölkerung, ob sie mit ihrem Geschlecht zufrieden sind, antworten über 4,6 Prozent der Erwachsenen und 8,4 Prozent der Jugendlichen mit «Nein» oder «Ich weiss nicht». Unser Postulat fordert die Errichtung eines LGBTIQ-spezifischen Wohnangebots für schutzbedürftige Jugendliche in den Räumlichkeiten des ehemaligen Alterszentrums Doldertal. Die Zahlen zu queerfeindlicher Gewalt verbessern sich seit Jahren nicht. Pro Woche finden mindestens zwei Hassverbrechen statt. Die Dunkelziffer dürfte viel höher sein. Besorgniserregend ist nicht nur die Zahl an sich, sondern dass sie wächst. Als wesentlicher Faktor für den Anstieg wird das queerfeindliche politische Klima im Rahmen der «Ehe für alle»-Abstimmung im letzten Jahr genannt. 45 Prozent der nichtbinären und Transmenschen, die sich bei der «LGBT+»-Hotline melden, berichten, dass sie physische Gewalt erlebt haben. Jugendliche sind besonders betroffen, vor allem in der Familie und Schule. Ein Bericht von Patrick Weber zeigt dies gut auf. In der Familie geht die Gewalt manchmal noch weiter als in der Schule: Es kommen manchmal Eltern in meine Sprechstunde und wollen, dass ich ihr Kind heile, also Konversionstherapie anwende. Diese Familien stammen nicht aus dem arabischen Raum, sondern zum Beispiel aus der Innerschweiz. Physische Gewalt hat nicht nur körperliche sondern auch psychische Verletzungen zur Folge. Das Suizidrisiko bei LGBTIQ*-Jugendlichen ist doppelt so hoch wie bei heterosexuellen Jugendlichen. Die von Gewalt betroffenen Jugendlichen brauchen Orte, an denen sie sich frei entwickeln und entfalten können. Teile dieses Rats sind der Meinung, das ginge ohne ein separates Angebot für LGBTIQ*-Jugendliche. Dem ist nicht so. Es braucht spezifische Angebote. Aufgrund des Wegzugs des Alterszentrums Doldertal ergibt sich die Möglichkeit, dort ein Angebot aufzubauen. Es ist wichtig, sich nicht nur im Juni, sondern jeden Monat und Tag für die LGBTIQ*-Community einzusetzen.*

Stefan Urech (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 13. Juli 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Mein Vorredner der SVP beim



vorherigen Postulat hat von einem künstlich geschaffenen Problem gesprochen. Das trifft den Nagel auf den Kopf. Das Postulat kommt kurz nachdem die Stimmbevölkerung der Ehe für alle mit 80 Prozent zugestimmt und die Pride mit einem Besucherrekord von 40 000 Teilnehmern stattgefunden hat. Unsere Stadtpräsidentin sowie viele Mitglieder des Stadtrats sind aus der Community. Von der im Postulat genannten Homo- und Transnegativität in der Stadt Zürich ist nicht viel zu sehen. Im Postulat wird eine Studie von Patrick Weber von der Pädagogischen Hochschule Fribourg zitiert, deren Evidenz mich nicht so erschüttert hat, wie es die Postulanten gerne hätten. 82,2 Prozent der Befragten gaben an, noch nie erlebt zu haben, wie ein Schüler Opfer von LGBTIQ*-feindlicher Gewalt oder Diskriminierung wurde. 15,3 Prozent haben dies selten oder manchmal erlebt. Die übrigen Vorfälle gibt es, das bestreite ich nicht. Mobbing betrifft aber nicht nur LGTBIQ*-Schüler, sondern alle, die irgendwie aus der Norm fallen. Ich würde es befürworten, wenn sich das Postulat dem Problem des Mobbings generell widmen würde. Sich auf eine Gruppe zu konzentrieren und eine separate Institution aufzubauen, finde ich falsch. Ebenso ist es heuchlerisch, von Separation versus Integration zu sprechen. Dass es Schüler gibt, die andere mobben und an den Rand der Verzweiflung bringen, ist klar. Aber, liebe SP, AL und Grüne, ihr wollt diese Schüler nicht in Spezialeklassen unterbringen, sondern im normalen Schulbetrieb behalten. Jetzt pocht ihr darauf, die Opfer zu isolieren, statt die Täter. In der Studie steht ausserdem, dass der Migrationshintergrund einen starken Effekt darauf hat, ob man Mitglieder der LGBTIQ*-Community angreift. Das wurde in der Begründung natürlich weggelassen.

Weitere Wortmeldungen:

Sebastian Zopfi (SVP): Ich möchte das Wort an Dr. David Garcia Nuñez (AL) richten. Ich habe bloss gesagt, dass wir Lösungen suchen sollten, damit sich Minderheiten und Randgruppierungen weniger ausgeschlossen fühlen; dass man an einer Lösung arbeiten soll, damit es gar keine Gruppierungen mehr gibt. Wir sollten dort ansetzen und von LGBTQ-Normen, von Hetero-Normen und nichtbinären Normen wegkommen. Es sollen sich alle an einem Ort wohlfühlen können.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Ich gebe Sebastian Zopfi (SVP) Recht, das wäre optimal. Leider sind wir noch nicht an diesem Punkt. Darum braucht es die im Postulat geforderten Unterkünfte. In unserer Gesellschaft gibt es immer noch Gewalt und Diskriminierung gegen LGBTIQ*-Personen, egal, ob man dies einsehen möchte oder nicht. Das Schweizer LGBTIQ+-Panel aus dem Jahr 2021 zeigt auf, welche Formen von Diskriminierung LGTBIQ*-Personen in der Schweiz erleben. 14,5 Prozent derjenigen, die einer geschlechtlichen Minderheit angehören, und 6,7 Prozent derjenigen, die einer sexuellen Minderheit angehören, wurden innerhalb des letzten Jahres Opfer von körperlicher Gewalt. 41,1 Prozent derjenigen, die einer geschlechtlichen Minderheit angehören, und 26,9 Prozent derjenigen, die einer sexuellen Minderheit angehören, haben Mobbing erlebt. Diskriminierung und Gewalt wurde unter anderem in der Schule und innerhalb der Familie erlebt. Das LGBTIQ+-Panel zeigt auch auf, dass sich Menschen, die einer geschlechtlichen Minderheiten angehören, im Durchschnitt schlechter fühlen als Cis-Heterosexuelle oder Angehörige einer sexuellen Minderheit. Diskriminierung gegenüber queeren Menschen ist auch in der Schweiz noch Alltag. Das Panel beinhaltet leider



keine spezifischen Daten für Jugendliche, aber 8,7 Prozent der Teilnehmer sind weniger als 20 Jahre alt. Häusliche Gewalt und queerfeindliche Gewalt können sich kreuzen, wenn beispielsweise ein junger Trans-Mann zuhause geschlagen wird, weil seine Familie seine Geschlechtsidentität nicht akzeptiert. Für solche Fälle muss es eine Anlaufstelle und Unterstützungsangebote geben. Krisen können aber auch entstehen, wenn Jugendliche queer- und transfeindliche Gewalt oder Diskriminierung in der Schule erleben. Dafür braucht es Krisen- und Postinterventionsangebote, wie im Postulat gefordert. Natürlich wäre es ideal, nicht die Jugendlichen unterstützen zu müssen, sondern die Gesellschaft zu ändern. Weil dies nicht geht, brauchen die Jugendlichen Unterstützung. Für queere Jugendliche ist es wichtig, in einem verständnisvollen Umfeld mit gut ausgebildeten Fachpersonen LGBTIQ-spezifische Unterstützung zu erhalten. Es gibt generell zu wenige Anschlussangebote nach Kriseninterventionen, und zu wenig Unterstützung für Menschen, die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind. Wie bereits erwähnt, fordert die Istanbul-Konvention und das Expertinnen- und Expertengremium GREVIO die Schweiz nachdrücklich dazu auf, intersektionale Aspekte zu berücksichtigen und alle Betroffenen adäquat zu unterstützen. Für queere Jugendliche kann es wichtig sein, in einem Umfeld mit queeren Kolleginnen und Kollegen zu wohnen, die die spezifischen Probleme und Herausforderungen, denen sie ausgesetzt sind, verstehen. Ein queeres Umfeld steigert auch die Wahrscheinlichkeit, weniger Diskriminierung zu erleben. Die Jugendlichen sollen nicht abgeschottet werden, sondern einen Ort erhalten, wo sie Sicherheit und Unterstützung finden, damit sie ihren Alltag besser meistern können. Die Stadt Zürich kann hier eine wichtige Vorreiterrolle einnehmen.*

Patrick Hässig (GLP): *Es geht um junge Menschen, die in bestimmten Situationen nur aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung diskriminiert werden – ob durch Hänseleien, gesellschaftliches Ausschliessen, verbale oder körperliche Attacken. Dass das grundfalsch ist, muss nicht diskutiert werden. Auch dass solche Erlebnisse an der Psyche und dem Selbstbewusstsein nagen, ist klar. Wieso braucht es nun ein LGBTIQ*-spezifisches Wohnangebot? Ganz einfach: Die Probleme und Bedürfnisse sind ganz anderer Natur, als die von heterosexuellen Jugendlichen. Einfach zu sagen: «Hört auf mit Hassverbrechen», funktioniert nicht. Leider ist auch im urbanen Zürich die Akzeptanz gegenüber LGBTIQ*-Jugendlichen nicht auf einem Niveau, das ihnen erlaubt so zu leben, wie sie sind. Es ist richtig, die Schaffung eines solchen Wohnangebots im ehemaligen Alterszentrum Doldertal zu prüfen. Die GLP hat sich im Rahmen der neuen Altersstrategie mit dem Vorstoss GR Nr. 2019/46 für ältere LGBTIQ*-Menschen eingesetzt. Jetzt, wo es um die Jugendlichen geht, stimmen wir natürlich auch dafür.*

Yasmine Bourgeois (FDP): *Es geht um dasselbe Thema wie beim vorherigen Vorstoss. Wir wissen, dass LGBTIQ*-Jugendliche eher Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt sind. Trotzdem, wie zuvor betont, wird Akzeptanz nicht durch Separierung erreicht. Im Postulatstext wird betont, dass LGBTIQ*-Jugendliche permanent strukturellen Ausschluss erleben müssen. Nun wollen Sie sie auch ausschliessen. Wo ziehen wir die Grenze? Sollen die betroffenen Jugendlichen auch in Schulen und am Arbeitsplatz getrennt werden? So etwas wollen wir eben nicht. Im Alltag fordern wir Gleichbehandlung, also sollen auch bei diesem Thema alle gleichbehandelt werden. Niemand soll ausgeschlossen werden. Den Vorwurf des Mikromanagements können wir zurückgeben: Auch*



Sie betreiben Mikromanagement und schreiben dieser Gruppe genau vor, an welchen Orten sie sich aufhalten soll. Die FDP lehnt diesen Vorstoss ab.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Offenbar habe ich mich nicht deutlich ausgedrückt. Es geht nicht um ein «entweder oder», sondern ein «sowohl als auch». Nicht Abschottung oder Integration, sondern ein Zwischenspiel ist gefragt. Ich sehe darin keinen Widerspruch. Stefan Urech (SVP) meinte, in der Schule fände keine Separierung statt. Das stimmt nicht: Die betroffenen Jugendlichen besuchen die Schule einfach nicht mehr, um der Gewalt und Diskriminierung zu entkommen. Drei Viertel meiner Klientel ist arbeitslos oder bezieht eine IV-Rente. Ihre Schullaufbahn musste wegen Gewalt oder Diskriminierung unterbrochen werden. Deswegen sind diese Kinder dort nicht sichtbar. Durch entsprechende Massnahmen konnten viele von ihnen aufblühen und wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Herrn Sebastian Zopfi (SVP) stimme ich grundsätzlich zu: Akzeptanz aller geschlechtlichen Identitäten würde uns alle weiterbringen. Wir haben alle eine geschlechtliche Identität, niemand nimmt uns etwas weg, wenn sie ihre eigene ausleben. Doch gerade die SVP hat eine andere Strategie. Gestern durften wir wieder von einer Initiative zum Thema Gender in der Zeitung lesen. Wenn Sie sogar die sprachliche Sichtbarkeit dieser Menschen verbieten möchten, ist mir unklar, wie eine Normalisierung stattfinden soll. Schlussendlich kommen wir zur Kultur- und Hintergrundgeschichte. Ich verneine gar nichts, Stefan Urech (SVP). Mir ist bewusst, dass Menschen aus anderen Kulturen bei diesem Thema Aggressoren sein können. Beim Postulat geht es aber nicht um die Aggressoren, sondern um die Schutzbedürftigen. Übrigens sind mehr als 99 Prozent der Täter Männer. Sind alle Männer schlechte Menschen, die umerzogen werden müssen? Viele Täter sind rechtsnationalistischer Gesinnung. Soll konservatives Gedankengut ausgetrieben werden? Die Ausländer sind nicht das grösste Problem. Es ist Ihre Partei, die nach wie vor eine grosse Rolle in der aktiven Unterdrückung der LGBTIQ*-Community spielt. Die Ehe für alle musste in mehreren Anläufen durchgesetzt werden; Zwangskastrationen, die sie für Transmenschen anwenden wollten, konnten erst letztes Jahr überwunden werden. Es sind Schweizerinnen und Schweizer, die strukturelle Gewalt weiterführen und unterstützen, nicht die Bevölkerung mit Migrationshintergrund.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Wie bereits beim vorherigen Vorstoss erachten wir die geschilderte Problematik als gegeben, schätzen den Lösungsansatz aber nicht als zielführend ein. Quartiert man LGBTIQ*-Menschen separat ein, sind sie zwar vorübergehend unter sich und geschützt, die Probleme in der Schule und am Arbeitsmarkt bleiben aber bestehen. Wir von der Mitte/EVP-Fraktion erkennen zwar an, dass ein gesellschaftliches Problem wie dieses nicht von heute auf morgen gelöst werden kann, sehen aber keinen Mehrwert in der vorgeschlagenen Lösung. Vielmehr müssen diese Personen gut integriert werden und es muss sichergestellt werden, dass Gewalt gar nicht erst aufkommt oder im Fall der Fälle jemand Zivilcourage zeigt und eingreift. Damit ist LGBTIQ*-Jugendlichen am meisten geholfen.*

Alan David Sangines (SP): *Der Vorstoss fordert, was überfällig ist: Im Kanton Zürich gibt es mehr als 90 verschiedene Heimangebote für sozialpädagogische Wohngruppen mit diversen Spezialisierungen. Nur ein auf LGTBIQ* ausgerichtetes Angebot gibt es*



5 / 5

nicht. Jugendliche, die nicht mehr zuhause wohnen können, werden in einer der bestehenden Einrichtungen platziert. Dort besteht für sie die Gefahr, von anderweitig belasteten Jugendlichen Diskriminierung zu erfahren und sich im neuen Zuhause wieder nicht wohlfühlen zu können. Ich frage mich bei den Äusserungen der Mitte/EVP-Fraktion und der SVP, wie man auf weniger Separierung pochen kann, statt Empathie für die Betroffenen zu empfinden. Wie kann man es rechtfertigen, Jugendliche aus einer bedrohlichen Situation zu nehmen und in die nächste zu schicken? Oder ihnen zu sagen, ihre Separierung von Gefahren sei nicht die Lösung des Problems? Das Problem wäre genau durch eine solche Massnahme gelöst. Die SVP sagt, Diskriminierung darf es gar nicht erst geben, weigert sich aber, sich auf Gesetzesebene dafür einzusetzen. Diese Argumentation ist unehrlich. Jugendliche sollen einen sicheren Rückzugsort haben. Dann können sie sich auch besser in die Gesellschaft integrieren und mit negativen Erlebnissen klarkommen. Es gibt keinen Grund, das Postulat abzulehnen.

Susanne Brunner (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur heute lancierten Initiative «Tschüss Genderstern!».

Das Postulat wird mit 70 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat